

Sammelkarten

VII. B. 374(7)

Protokoll

über die

VII. ordentliche Vollversammlung

der

Handwerkskammer

für das Herzogtum Braunschweig

Montag, den 25. März 1907

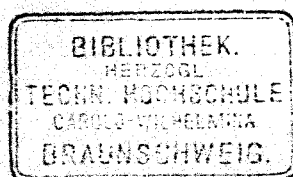
vormittags 11 Uhr

im

„Saale des Gildehauses“

zu

Braunschweig.



Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht
 2. Neuwahlen der ständigen Ausschüsse.
 3. Abnahme der Jahresrechnung pro 1905/06.
 4. Haushaltsplan pro 1907/08.
 5. Abänderung des Statuts der Handwerkskammer.
 6. Beauftragtenwesen betr.
 7. Anträge mehrerer Schlosser- bzw. Schlosser- und Schmiede-Innungen des Herzogtums Braunschweig betr. Abänderung des § 9 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens.
 8. Abänderung der §§ 7, 8, 16 und 19 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens, sowie Abänderung des Lehrvertragsformulars.
 9. Verschiedenes.
-

Anwesend sind die Herren: Osterloh, Behrens, Göcke, Wollenweber, Eicke, Hahn, Kettler, Vehe, Meyer, Zenker, Hoffmann, Märtens, Berger, Wolf, Sprötge, Hirsekorn und Herbst, sämtlich aus Braunschweig, Fischer aus Hagen (Thedinghausen), Kantner, Kronemann, Kiehne, Noack, Kauffmann und Härighausen, sämtlich aus Wolfenbüttel, Cassel aus Schöppenstedt, Walkemeyer aus Bleckenstedt, Geffers, Neddermeyer, Kretzer, Hardeweg und Dressel, sämtlich aus Helmstedt, Rose, Brakebusch, Bierberg und Ewig, sämtlich aus Gandersheim, Wilhelm aus Seesen, Freise, Lutterberg und Pistorius, sämtlich aus Holzminden, Blume aus Stadtoldendorf, Winnig, Kaulitz und Heuwold aus Blankenburg, sowie der Kommissar der Kammer, Regierungsrat Dr. Stegemann und der mitunterzeichnete Sekretär der Kammer, Assessor Baumgarten.

Entschuldigt fehlen die Herren: Horney aus Braunschweig, Kühne aus Vechelde, Block aus Schöningen und Krüger aus Seesen, und sind für die ersteren drei deren Ersatzmänner, die Herren Bühring aus Braunschweig, Peters aus Schöppenstedt und Kayser aus Helmstedt, für den letztgenannten dessen zweiter Ersatzmann Herr Möker aus Seesen, erschienen.

Unentschuldigt fehlt Herr Burgdorf aus Braunschweig.

Der Vorsitzende Herr Osterloh eröffnet um 11¹/₄ Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, insbesondere den zum ersten Mal erschienenen Herrn Kantner aus Wolfenbüttel und heißt auch den Kommissar der Kammer, Herrn Regierungsrat Dr. Stegemann, willkommen.

Danach teilt er mit, daß außer den Anträgen zu Punkt 7 der Tagesordnung keine weiteren Anträge gestellt seien, und konstatiert dann noch, daß die Versammlung auf Grund des § 23 der Statuten der Kammer ordnungsmäßig, und zwar sowohl durch schriftliche Einladung sämtlicher Kammermitglieder, als auch durch Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen vom 17. März d. J. und im „Handwerksbote“ vom 15. März berufen sei.

Nachdem dann jeder einzelne Abgeordnete in die in Umlauf gesetzte Präsenzliste sich eingetragen, wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Geschäftsbericht.

Derselbe wird vom Sekretär erstattet, wie folgt:

Meine Herren!

Der Bericht, den ich Ihnen dieses Mal über die Tätigkeit der Handwerkskammer zu erstatten habe, umfaßt die Zeit vom 5. April 1906 bis zum heutigen Tage.

Auch in diesem Zeitraum ist die Kammer scharf in Anspruch genommen, und ich kann zu meiner großen Freude feststellen, daß das Interesse für dieselbe mit jedem Jahre ein regeres geworden ist.

Da Beschlüsse von erheblicher Bedeutung in voriger Vollversammlung nicht gefaßt worden sind, so kann ich mich nach dieser Richtung hin ziemlich kurz fassen.

Der für das Handwerker-Lehrlingsheim hierselbst bewilligte Zuschuß von 200 Mk. ist dem Vorstände desselben aus der Kammerkasse ausgezahlt. Wie Ihnen jedenfalls durch den „Handwerksbote“ und die Tageszeitungen bekannt geworden, ist das Lehrlingsheim am 10. Juni v. J. eröffnet, und hat sich die Hoffnung, die der Vorstand auf die nutzbringende Einrichtung gesetzt hatte, in jeder Weise erfüllt.

Obwohl in der letzten Plenarsitzung die Zusammensetzung der Wahlkörper für die Wahlen zur Kammer stark bemängelt ward, sind irgendwelche neue Anträge wegen Abänderung der Wahlordnung bisher nicht eingegangen; die für die Bearbeitung dieser Angelegenheit in Aussicht genommene Kommission hat sich infolgedessen überhaupt noch nicht konstituieren können, die Angelegenheit ist also bedauerlicher Weise noch in demselben Stadium, wie im vorigen Jahre. — Wünschen Sie, meine Herren, auch jetzt noch, daß hierin Remedur geschaffen wird, so holen Sie das Versäumte wenigstens im kommenden Geschäftsjahre nach, damit die Neuwahlen im Jahre 1909 nach anderem Modus vor sich gehen können.

Das gleiche könnte ich bezüglich des Submissionswesens wiederholen, das ebenfalls den Gegenstand allgemeiner und lauter Klagen im Plenum gebildet hatte. Bringen Sie der Kammer kein Material und die Beweise für die Schäden, so können Sie sich auch nicht wundern, wenn alles beim alten bleibt.

Die ministerielle Genehmigung für die beschlossene Erweiterung des Vorstandes auf 12 Mitglieder ist eingeholt, und Herr Dressel-Helmstedt hat demzufolge an den im Laufe des Geschäftsjahres stattgehabten Sitzungen des Gesamtvorstandes stets teilgenommen.

Der von Herrn Freise-Holzminde gestellte Antrag, denjenigen Kammermitgliedern, die von ihren weitentlegenen Wohnorten zu den Kammersitzungen kämen, selbst wenn die Verhandlungen in einem Tage ihre Erledigung fänden, die Kosten für Nachtlogis zu gewähren, ist von dem Vorstände eingehend geprüft, und es wird Ihnen nachher bei Punkt 5 der Tagesordnung eine entsprechende Statutenänderung vorgeschlagen werden. Mit Rücksicht auf diese und schon früher getroffene Satzungsänderungen ist bislang der beschlossene Neudruck der Satzungen unterblieben, da der Vorstand der Ansicht war, daß, wenn ein Neudruck erfolge, auch sämtliche Änderungen dabei Berücksichtigung finden müßten.

Wie Sie sich erinnern werden, genehmigte das Plenum auch den Vorstandsbeschluß, betr. die Abhaltung von sogen. Obermeistertagen. Solche Obermeistertage sind nun bisher 3 und zwar in Wolfenbüttel, Helmstedt und Gandersheim veranstaltet.

Die in der Berichtszeit erstatteten Kammergutachten sind teils in den Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses, teils in denen des Gesamtvorstandes beraten. Sie betrafen in der Hauptsache folgende Gegenstände:

1. eine an Herzogl. Staatsministerium gerichtete Eingabe des Direktors der Schuhmacherfachschule zu Siebenlehn in Sachsen, betreffs Gewährung von staatlichen Beihilfen für die Unterhaltungskosten und den Besuch der Anstalt. —

Nach Anhörung der Schuhmacher-Innung hierselbst wurde Herzogl. Staatsministerium gegenüber der Standpunkt vertreten, daß die Braunschweigische Landesregierung keine Veranlassung habe, die genannte Schule finanziell zu unterstützen, da das Schuhmachergewerbe des Herzogtums augenblicklich doch keinen Nutzen davon habe, und es wurde nur für den Fall, daß mittellose braunschweigische Staatsangehörige diese

Fachschule besuchen wollten, die Gewährung einer Beihilfe aus Staatsmitteln anheimgegeben.

2. den Entwurf eines für das Herzogtum Braunschweig auf Grund eines Bundesratsbeschlusses in Aussicht genommenen Gesetzes, betr. die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien und solchen Konditoreien, in denen neben den Konditorwaren auch Backwaren hergestellt werden. — Der Gesetzentwurf wurde zunächst mit den Mitgliedern des Vorstandes der hiesigen Bäckerinnung in besonderer Konferenz eingehend besprochen, und dann die daselbst vorgebrachten Abänderungswünsche mit ausführlicher Begründung Herzogl. Staatsministerium unterbreitet. — Wie ich Ihnen hier gleich verraten kann, wird es mit dem Erlaß des Gesetzes noch etwas Zeit haben. Denn da die seitens der sonst noch zur gutachtlichen Äußerung aufgeforderten staatlichen und städtischen Behörden etc. des Herzogtums beantragten Abänderungswünsche von tief einschneidender Bedeutung für das Bäcker- bzw. Konditorgewerbe sind, so wird in nächster Zeit mit Vertretern dieser Gewerbe noch einmal eine Konferenz von dem betr. Herrn Ressortminister anberaumt werden, um auf Grund des so geklärten Materials den Wortlaut des Gesetzes definitiv festsetzen zu können.

3. den Entwurf einer gemäß § 31 des neuen Handelskammergesetzes vom 14. Mai v. Js. zu erlassenden Ministerialbestimmung, betr. die Veranlagung derjenigen Betriebe zu den Kosten der Handelskammer, die nach den Bestimmungen des § 1031 R.-G.-O. zugleich beitragspflichtig zur Handwerkskammer sind. — Auch diese Angelegenheit ist bisher noch nicht zum Abschluß gekommen, doch kann ich Ihnen mit ziemlicher Bestimmtheit mitteilen, daß die Frage der Doppelbesteuerung zur Handels- und Handwerkskammer in einer beide Körperschaften und deren beitragspflichtige Gewerbetreibende befriedigenden Weise gelöst werden wird.

4. die zwecks Herbeiführung einer endgültigen Entscheidung durch Herzogl. Kreisdirektion in einer Streitsache zwischen vier hiesigen Krankenkassen wegen Mitgliedschaft eines bei dem angeblichen Holzbildhauer Wald beschäftigt gewesenen Gehülfen erforderlich gewordene Feststellung der Art des Waldschen Betriebes. — Auf Grund der bei der Besichtigung dieses Betriebes gemachten Wahrnehmungen wurde Herzogl. Kreisdirektion mitgeteilt, daß das Waldsche Spezial-Geschäft in erster Linie unter den Begriff der „Holzbildhauerei“ fiel, da in fast allen größeren Tischlereien gelernte „Holzbildhauer“ mit der Ausführung von Einlegearbeiten betraut würden.

5. die von dem Leiter eines in Bad Harzburg betriebenen Filialgeschäftes einer Helmstedter Firma bei Herzogl. Kreisdirektion Wolfenbüttel erhobene Beschwerde wegen ungesetzlicher Veranlagung zur Wanderlagersteuer, in Bad Harzburg.

6. eine von der Direktion der Herzogl. Erziehungsanstalt Wilhelmstift zu Bevern an Herzogl. Kreisdirektion Holzminden gerichtete Eingabe, betr. den weiteren Ausbau der in dieser Anstalt bereits vorhandenen Lehrwerkstätten, bzw. die Ausbildung von Lehrlingen zu Handwerkern durch Anstaltsaufseher. — Da sich sämtliche in dieser Sache befragten interessierten Innungen des Kreises Holzminden entschieden gegen die beabsichtigte Vermehrung der Anstalts-Lehrwerkstätten und namentlich gegen die geplante Ausbildung von Lehrlingen aussprachen, wurde Herzogl. Kreisdirektion ersucht, die Eingabe unberücksichtigt zu lassen.

7. einen seitens des Vorstandes der gewerblichen Fortbildungsschule zu Schöppenstedt an Herzogl. Staatsministerium gerichteten und von dort der Herzogl. Kreisdirektion Wolfenbüttel zur Äußerung übersandten Antrag wegen Genehmigung des Beschlusses, die Unterrichtsstunden auf die Abendzeit von 6—8 Uhr zu verlegen. — Herzogl. Kreisdirektion wurde gebeten, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß Herzogl. Staatsministerium den Antrag genehmige.

8. die von dem Stadtmagistrate hierselbst angeregte Frage, betr. Verlegung der Messe in die Außenstadt. — Nach Umfrage bei sämtlichen hiesigen Innungen wurde das Gutachten dahin erstattet, daß es den Interessen der Handwerker mehr entsprechen würde, wenn der althergebrachte Standort der Messe beibehalten würde.

9. einen von einer größeren Anzahl hiesiger Photographen bei Herzogl. Polizeidirektion hier eingebrachten Antrag, betr. weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit für die Inhaber photographischer Anstalten und gänzlichen Verbots der Sonntagsarbeit für Gehülfen und sonstige Angestellte des Photographengewerbes. — Da der Vorstand

nach keiner Richtung hin Bedenken gegen diesen Antrag hatte, wurde derselbe mit genauer Begründung warm befürwortet. Allem Anscheine nach werden die Wünsche der Photographen auch Berücksichtigung finden.

10. ein infolge des vorjährigen Tischler- bzw. Maurer- und Zimmererstreiks von dem hiesigen Stadtmagistrate an Herzogl. Kreisdirektion gerichtetes Ersuchen, bei Herzogl. Staatsministerium anzuregen, daß die Frage generell geregelt würde, wie zu verfahren sei, wenn die gewählten Gesellenbeisitzer von Innungsprüfungsausschüssen durch irgend welche Veranlassung in Wegfall gekommen wären oder sich weigerten, ihre Pflichten zu erfüllen, und eine Neuwahl des Gesellenausschusses sich nicht ermöglichen ließe.

Die Kammer sprach sich dahin aus, daß auch sie das Fehlen gesetzlicher Vorschriften über das bei der Unmöglichkeit, Gesellenausschüsse zu bilden etc., einzuschlagende Verfahren als eine empfindliche Gesetzeslücke von jeher angesehen habe, und empfahl Herzogl. Kreisdirektion Herzogl. Staatsministerium anheimzugeben, in die gerade in Neubearbeitung begriffenen Braunschweigischen Ausführungsanweisungen zur R.-G.-O. eine besondere den preußischen Ausführungsbestimmungen vom 1. Mai 1904 analoge Anweisung aufzunehmen, wonach in allen derartigen Fällen die Handwerkskammer berechtigt sein sollte, die fehlenden Gesellenbeisitzer ihrerseits zu ernennen.

11. die vom hiesigen Kaiserlichen Postamt angeregte Frage, ob und in welchem Umfange die Bestellung von Wertbriefen und Postanweisungen an Sonn- und Festtagen ohne Gefährdung der Interessen der Beteiligten zur Förderung der Sonntagsruhe noch mehr als bisher eingeschränkt oder ganz aufgehoben werden könne. — Nach Umfrage bei den hiesigen Innungen wurde der genannten Behörde geantwortet, daß in Handwerkskreisen kein erheblicher Wert auf die Geldbestellung an Sonn- und Festtagen gelegt würde.

12. die an den Präsidenten des Herzogl. Landgerichts gerichteten Gesuche von zwei hiesigen Kreiszimmermeistern wegen ihrer generellen Beedigung als Sachverständige für bautechnische Angelegenheiten. — Beide Gesuche wurden im Einvernehmen mit der hiesigen Baugewerks-Innung befürwortet.

13. die in einer Zivilprozeßsache vor dem Amtsgerichte Seesen streitig gewordene Frage, ob es üblich sei, oder doch öfter vorkomme, daß Werkmeister das gesamte in einer Klempnerwerkstatt erforderliche Werkzeug als Eigentum besäßen. — Dem betr. Amtsgerichte wurde geantwortet, es sei im allgemeinen weder üblich, noch bestände eine Verpflichtung, daß Werkmeister in Klempnerei- oder Blechwarenfabriken eigenes Werkzeug sich halten müßten.

Neben den genannten wurden auch einige Gutachten betreffs der Frage „Fabrik oder Handwerk“ erstattet und zwar bezüglich des hiesigen Fleischermeisters und Wurstfabrikanten Diekmann, sowie der Firma Probst & Kampfenkel, Maschinenfabrik in Wieda und des Schlossermeisters Bruns in Holzminden. — Alle drei Betriebe wurden für handwerksmäßig erklärt, weil sie vorwiegend in Handwerksbetrieben ausgebildete Hilfskräfte beschäftigten.

In engem Zusammenhange hiermit wären dann noch die wegen Heranziehung zu den Kosten der Handwerkskammer von den Inhabern der Firmen H. Weidner, Gas-, Wasser- und Dampfarmaturenfabrik, Oppermann & Deichmann, Maschinenfabrik, beide hierselbst sowie W. Kollé, Lederfabrik und -Handlung zu Gandersheim erhobenen Beschwerden zu erwähnen, über die der Vorstand auf Ersuchen der zuständigen Verwaltungsbehörden sich ebenfalls gutachtlich zu äußern hatte, von denen aber nur die Weidner'sche Beschwerde für begründet erachtet wurde.

Außer dieser gutachtlichen Tätigkeit hat die Kammer auch sonst teils aus eigener Initiative teils auf besondere Anregung hin durch Eingaben aller Art an die zuständigen Behörden die Interessen des Handwerkstandes in jeder Beziehung vertreten.

So ist unter anderen eine von dem Deutschen Müllerbund zu Leipzig an den deutschen Reichstag und den Reichskanzler gerichtete Petition wegen Einführung einer staffelförmigen Umsatzsteuer für Großmühlen Herzogl. Staatsministerium mit dem Ersuchen um Berücksichtigung, unterbreitet.

Ferner hat die Kammer, als ihr der dem Verein zur Förderung des Fortbildungsschulwesens auf seine vorjährige Eingabe wegen finanzieller Unterstützung der Einrichtung von Kursen für Lehrer an Fortbildungsschulen erteilte abschlägige Ministerialbescheid

in Abschrift übersandt wurde, erneut bei Herzogl. Staatsministerium darum gebeten, die geplanten Kurse so bald als möglich ins Leben zu rufen.

Ebenso hat der Kammervorstand eine seitens des Verbandes Deutscher Juweliere, Gold- und Silberschmiede zu Berlin dem Reichsamt des Innern unterbreitete, Vorschläge für einen Gesetzentwurf zur Regelung des Ausverkaufswesens enthaltende Eingabe, indirekt dadurch unterstützt, daß er dem genannten Verbands auf Ansuchen gestattete, unter die Eingabe auch den Namen der Handwerkskammer Braunschweig zu setzen.

Veranlaßt durch die bei dem Präsidenten des Herzogl. Landgerichts hierselbst eingereichten, vorhin schon erwähnten Gesuche zweier hiesiger Kreiszimmermeister wegen genereller Beeidigung als Sachverständige für bautechnische Angelegenheiten hat der Vorstand auch aus eigener Initiative bei dem Herrn Landgerichtspräsidenten die generelle Beeidigung von Sachverständigen für das Maurer- und Steinhauer-, Dachdecker-, Glaser-, Klempner-, Maler-, Schlosser- und Tischler-Handwerk beantragt. Diesem Antrage ist ohne weiteres stattgegeben, indem die zu Sachverständigen vorgeschlagenen Personen als solche von Herzogl. Amtsgericht hierselbst beeidigt sind.

Unter Bezugnahme auf das bereits im vorigen Jahre mitgeteilte ausführliche Programm über die kammerseitig zur Förderung des Handwerks in Aussicht genommenen Maßnahmen ist der hiesige Stadtmagistrat auch in diesem Jahre ersucht worden, aus dem der Stadtgemeinde zufallenden Teile der aus der sog. Warenhaussteuer vereinnahmten Gelder wiederum einen erheblichen Zuschuß für das Handwerk zur Verfügung zu stellen. Wie kürzlich in den Tageszeitungen veröffentlicht, ist jetzt auch den Stadtverordneten eine diesbezügliche Magistratsvorlage zugegangen, die gelegentlich der heute Nachmittag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung zur Beratung kommen wird.

Sodann ist seitens der Kammer ein an Herzogl. Staatsministerium gerichtetes gemeinsames Gesuch der Vorstände des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, der Baugewerke-Innung und der Vereinigung der Architekten und Maurermeister hierselbst, wegen Hinausschiebung des durch städtisches Ortsbaustatut festgesetzten Endtermins für die Anlage von Wasserklosetts bis zum 1. Juli d. Js., unterstützt, jedoch hat dasselbe deshalb nicht berücksichtigt werden können, weil auf Grund der jetzt noch in Geltung befindlichen neuen Landschaftsordnung vom Jahre 1832 generelle Dispensationen von gesetzlichen Bestimmungen unzulässig sind.

Auf eine der Kammer zugegangenen Eingabe des Deutschnationalen Handlungsgeschäftsverbandes, in der darum ersucht war, auf die beteiligten Kreise, insbesondere die Innungen, dahin einzuwirken, daß die Lohnauszahlungen auf einen andern Tag als den Sonnabend verlegt würden, wurden weitere Schritte nicht unternommen, da der Vorstand die Ansicht vertrat, daß die Kammer keine Veranlassung habe, zu dieser Frage irgend welche Stellung zu nehmen, zumal den Handwerkern, insbesondere den korporierten Handwerkern keine Vorschriften nach dieser Richtung hin gemacht werden könnten.

Durch eine besondere Eingabe unterstützt wurde sodann ein von der Handwerkskammer Berlin an den Staatssekretär des Reichspostamts gerichtetes Gesuch, betr. die Einführung offener Drucksachenkarten mit eingedruckten 3 Pfg. Wertstempel, doch ist nach einer Mitteilung des Reichspostamts der genannten, wie auch der diesseitigen Kammer direkt ein abschlägiger Bescheid zugegangen.

Auch eine von dem Zentralverband deutscher Bäcker-Innungen „Germania“ zu Berlin an den Bundesrat gerichtete Eingabe betr. Schädigung des selbständigen Bäckerhandwerks durch Konsumvereinsbäckereien ist von der Kammer unterstützt worden.

Wie Sie dem Geschäftsbericht vom vorigen Jahre haben entnehmen können, war im Februar v. Js. eine allgemeine Enquete über die Berufswahl der Ostern 1906 konfirmierten Knaben des Herzogtums vorgenommen, das Ergebnis dieser Enquete wurde statistisch verarbeitet und hat in den diesjährigen Februarnummern des „Handwerks-Bote“ veröffentlicht werden können. Die Fragebogen, mittels deren diese Erhebungen eingeleitet wurden, haben der Kammer insofern gute Dienste geleistet, und darauf kam es dem Vorstand in erster Linie an, als genau festgestellt werden konnte, wo die Konfirmanden demnächst, soweit sie sich dem Handwerk widmen, in die Lehre kommen würden, und auf diese Weise eine vorzügliche Kontrolle darüber möglich war, ob die Nichtinnungshandwerker ihre Lehrlinge zur Lehrlingsrolle der Handwerker anmeldeten oder nicht. Auch für dieses Jahr hatte die Kammer geglaubt, mit Hülfe der Pastoren des Landes gleiche Erhebungen veranstalten zu dürfen. Leider hat jedoch Herzogl. Staats-

ministerium den diesbezüglichen Antrag des Vorstandes abgelehnt; ob nun ein kürzlich laut Vorstandsbeschluß erneut eingereichter Antrag, der den Zweck verfolgte, die Lehrstellenermittlung event. in anderer Weise zu erreichen, ministeriell genehmigt werden wird, muß abgewartet werden.

Auf Ersuchen der Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages hat die Kammer schließlich auch zu einer großen Anzahl Fragen Stellung genommen, die die Reichsgesetzgebung betrafen: So ist vor allem Material für eine dem Reichstag zu unterbreitende Denkschrift, betr. die Förderung des deutschen Handwerks in Bezug auf die Abänderung der Handwerkernovelle von 1897 eingereicht.

Ferner sind Fragebogen über die Stellung der Frau im Gewerbebetriebe der Damenschneiderei-, des Friseur- und Photographengewerbes nach Rücksprache mit Vertretern dieser Gewerbe beantwortet, und ist dabei auf Bitten der Interessenten zugleich dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Handwerksorganisation auch auf die weiblichen Lehrlinge ausgedehnt, und wenn irgend möglich eine Regelung der betr. Lehrverhältnisse durch Reichsgesetz vorgenommen werden möchte.

Der Gesetzentwurf, betr. die Erleichterung des Wechselprotestes, hat der Kammer keinen Anlaß zu irgendwelchen Ausstellungen oder Abänderungswünschen gegeben, und ist eine dementsprechende Mitteilung an die Handwerkskammer Hannover abgegangen.

Sodann hat die Kammer, veranlaßt durch ein Rundschreiben der Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages, eine Umfrage an alle Amtsgerichte des Herzogtums gerichtet, um nähere Informationen bezüglich des Verfahrens bei der Eintragung von Handwerkern im Handelsregister einzuholen. Das Ergebnis dieser Umfrage ist ebenfalls der Handwerkskammer Hannover übermittelt.

Endlich ist auch auf Grund einer für die Stadt Braunschweig sorgfältig angestellten Ermittlung festgestellt, wieviel selbständige Handwerker des Herzogtums ungefähr infolge ihres Alters, d. h. weil sie am 1. Januar 1900 bereits das 40. Lebensjahr vollendet hatten, der Wohltat der ihnen gemäß § 14 des Invaliden-Versicherungs-Gesetzes zustehenden freiwilligen Selbstversicherung verlustig gegangen sind, und das zahlenmäßige Ergebnis der Handwerkskammer Hannover zugestellt, damit es als Material für eine dem Reichstage event. einzureichende Eingabe wegen Abänderung der vorbezeichneten Gesetzesbestimmung benutzt werden könnte.

In der Berichtszeit liefen 6 Gesuche wegen Gewährung von Stipendien ein und zwar des Schuhmachergesellen Liborius aus Groß-Alsleben für den Besuch der Schuhmacher-Fachschule zu Siebenlehn, des Malergehülfen Nohse aus Bad Harzburg für den Besuch der königl. Kunstgewerbeschule zu Kassel, des Tischlermeisters Lampe aus Forst für den Besuch der Tischler-Fachschule zu Detmold, des Tischlergesellen Limburg aus Gittelde für den Besuch der städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Hannover, des Maurers Öhlmann hierselbst für den Besuch der Baugewerkschule zu Hildesheim und des Schlossers Grimme aus Gandersheim für den Besuch der Schlosserschule zu Roßwein. Sämtliche Gesuche konnten auf Grund der über die Petenten eingezogenen Erkundigungen nicht berücksichtigt werden. Dagegen wurden den Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innungen hierselbst und zu Schöningen auf diesbezüglichen Antrag zum Ankauf von Preisen für die von ihnen veranstalteten Schaufrisieren, verbunden mit Ausstellungen von Lehrlingsarbeiten und Gesellenstücken, insgesamt 25 Mk. überwiesen.

Erwähnt möge auch sein, daß Herzogl. Staatsministerium auf Ersuchen der Kammer einer größeren Anzahl von Handwerkern des Herzogtums für den gemeinschaftlichen Besuch der im vorigen Jahre in Dresden stattgehabten Kunstgewerbeausstellung Beihilfen im Gesamtbetrage von 380,60 Mk. gewährt, und die Hälfte der durch die Entsendung des Leiters des Handwerker-Lehrlingsheims, Lehrers Heinemann und des Klempnermeisters Warendorff hier zu dem vom 5. bis 7. Oktober v. J. in München abgehaltenen 9. Deutschen Fortbildungsschultage entstandenen Kosten in Höhe von 144,80 Mk. bezahlt hat, während die andere Hälfte der Kosten auf die Kammerkasse übernommen ist.

In der Berichtsperiode liefen nicht weniger als 13 Gesuche wegen Mehreinstellung von Lehrlingen als gemäß § 9 der Lehrlingsvorschriften zulässig ist und 8 Gesuche wegen Abkürzung der Lehrzeit ein. Von diesen wurden je 2 abgelehnt, alle übrigen anstandslos genehmigt.

Wie im Geschäftsjahr 1905/06 so mußte die Kammer auch in dem jetzt abgelaufenen Geschäftsjahr bedauerlicherweise mehrfach die Hülfe von Stadt- und Landespolizeibehörden in Anspruch nehmen, da es immer noch Handwerker gibt, die sich den gesetzlichen und den bestehenden Vorschriften der Kammer absolut nicht fügen wollen. Die Folge davon war, daß in diesen Fällen Geldstrafen in Gesamthöhe von etwa 60 Mk. verhängt wurden.

Das Sachverständigeninstitut der Handwerkskammer hat sich seit der letzten Plenarsitzung gut [weiterentwickelt, indem bis zum heutigen Tage wieder in 13 Fällen Anträge wegen Erstattung von Sachverständigen-Gutachten gestellt wurden, die bis auf einen geringen Bruchteil sämtlich durch gütliche Übereinkunft der Parteien ihre Erledigung fanden. Beiläufig bemerkt bewegte sich dieses Mal der Wert des Streitgegenstandes in den Grenzen von 5 Mk. und 4000 Mk.

Bezüglich des Beauftragtenwesens will ich nur erwähnen, daß der Maler- und Lackierer-Innung, der Sattler-, Tapezierer- und Lohgerber-Innung und der Schmiede- und Schlosser-Innung sämtlich zu Holzminden für die durch eigene Beauftragte ausgeübte Kontrolle der Handwerksbetriebe ihres Innungsbezirks auf entsprechenden Antrag hin ein Gesamtzuschuss von 65 Mk. seitens der Handwerkskammer gezahlt ist. Im übrigen wird noch bei Punkt 6 der heutigen Tagesordnung ausführlich über das Beauftragtenwesen berichtet werden.

Die Anträge wegen Abhaltung von Buchführungskursen sind merkwürdigerweise im letzten Jahre sehr spärlich gewesen. Denn nur einige Mitglieder der Schuhmacher-Innung hieselbst fühlten das Bedürfnis, ihre Kenntnisse auf kaufmännischem Gebiete zu erweitern, und ihrem Wunsche hat die Kammer mit Freuden stattgegeben. Hoffentlich folgen andere Innungen diesem guten Beispiele im kommenden Jahre, zumal Mittel dafür genügend zur Verfügung stehen.

Die Zahl der seit der letzten Vollversammlung vom Kammervorstande verliehenen Ehrenurkunden beläuft sich auf insgesamt 20, und zwar wurden zwei Ehrenmeisterbriefe für 50jähriges Meisterjubiläum und 18 Ehrendiplome für 25jährige und längere, ununterbrochene Tätigkeit in einem und demselben Handwerksbetriebe verliehen.

Was das Innungswesen betrifft, so ist in der Berichtszeit das Vermögen der aufgelösten Schmiede- und Schlosser-Zwangsinnung zu Seesen in Höhe von 15,73 Mk. seitens des Stadtmagistrats daselbst der Kammer überwiesen. Irgendwelche Neugründungen sind nicht zu verzeichnen, doch gewinnt es nach dem gepflogenen Schriftwechsel zu urteilen den Anschein, als ob für die Schuhmacher des Amtsbezirks Ottenstein eine Zwangsinnung zustande kommt.

Der Meisterprüfung haben sich 62 Prüflinge unterzogen
aus dem Kreise Braunschweig 25 Prüflinge
" " " Wolfenbüttel 5 "
" " " Helmstedt 9 "
" " " Gandersheim 13 "
" " " Holzminden 4 "
" " " Blankenburg 6 "

Bestanden wurde die Prüfung von 60 Prüflingen.

Es darf auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Kammer seit der letzten Vollversammlung folgende Sitzungen abgehalten hat: 3 Vorstandssitzungen, 16 Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses, sowie je eine Sitzung des Ausschusses für das Lehrlingswesen, des Rechnungsausschusses und des Gesellenausschusses.

Außerdem haben in dem genannten Zeitraum mehrfach Vertreter der Kammer an hiesigen und auswärtigen Sitzungen, Versammlungen, Konferenzen etc. teilgenommen, nämlich:

- am 25. April v. Js. an der Feier der 100jährigen Wiederkehr des Geburtstages Sr. Hoheit des hochseligen Herzogs Wilhelm hieselbst;
- am 30. April v. J. an einer Versammlung der Tischlerinnung zu Königslutter;
- an der Eröffnungsfeier der in der Zeit vom 16. bis 25. Mai v. J. hier stattgehabten Jubiläumsausstellung des Vereins Braunschweigischer Gastwirte;
- am 11. Juli 1906 an dem 16. Bezirkstage des Bundes deutscher Fleischer-Innungen hieselbst;

am 7. August v. J. an einer Sitzung der niedersächsischen Handwerkskammern in Hildesheim;

am 20. August v. J. und am 4. März d. J. an je einer Sitzung der mitteldeutschen Handwerkskammern in Thale und Halle a. S.

am 3., 4. und 5. September v. J. an den Verhandlungen des VII. Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages zu Nürnberg;

am 17. September v. J. an der Trauerfeier um Se. Königl. Hoheit den hochseligen Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten von Braunschweig, in Camenz;

am 23. September v. J. an dem 7. Braunschweigischen Handwerkertage zu Bad Harzburg;

am 3. und 4. Januar d. J. an der Feier des 75jährigen Bestehens der Herzogl. Baugewerkschule zu Holzminden daselbst.

In der Berichtszeit sind unter Nichtberücksichtigung der periodischen Druckschriften 2000 Eingänge und 1747 Ausgänge, also insgesamt 3747 Nummern journalisiert. Diese Summe erhöht sich, wenn sämtliche ausgegangenen Rundschreiben, Geldsendungen, Postpakete und ähnliches mit gerechnet werden, auf etwa 7000 Nummern. Dazu kommen dann noch die vielen mündlichen und telephonischen Auskunfts- und Ratserteilungen, die zu registrieren leider bisher immer noch versäumt ist. Sie sehen also, die Tätigkeit der Kammer nimmt mit jedem Jahr bedeutend zu.

Damit wäre ich am Schluß meiner Ausführungen angelangt und möchte Sie wiederholt bitten, Ihre Kräfte nach Möglichkeit in den Dienst der Kammer zu stellen, und die Kammer als diejenige staatliche Einrichtung zu betrachten, die den einzelnen Handwerker sowohl wie den gesamten Handwerkerstand nicht mit streng bürokratischem Regiment meistern, sondern ihn in jeder Beziehung aufhelfen und ihn unterstützen will.

Im Anschluß an den Geschäftsbericht findet eine längere Diskussion statt:

Herr Cassel beschwert sich zunächst darüber, daß die Innungsobmeister von Schöppenstedt kürzlich von dem dortigen Stadtmagistrat vorgeladen seien, weil sie die Auszüge aus der Lehrlingsrolle über die in den letzten Jahren seitens der Innung ein- und ausgeschriebenen Lehrlinge der Handwerkskammer nicht eingereicht hätten. Er wisse genau, fährt er fort, daß er seinen Schriftführer angewiesen habe, die betr. An- und Abmelde-Formulare rechtzeitig nach Braunschweig zu schicken und glaube auch bestimmt, daß dies geschehen sei. Die andern Obermeister von Schöppenstedt hätten ihn damit beauftragt, in der heutigen Sitzung diese Angelegenheit zu Sprache zu bringen, damit dieselbe aufgeklärt würde.

Der Sekretär entgegnet darauf: Veranlassung zu den magistratsseitigen Vorladungen hätte der im Herbst 1906 Herzogl. Staatsministerium erstattete Jahresbericht der Kammer gegeben, in dem zum Ausdruck gebracht sei, daß bedauerlicherweise die vorgeschriebene Einsendung der Lehrlingsrollenauszüge an die Kammer, sowie auch der Prüfungsprotokolle über abgehaltene Gesellenprüfungen von einzelnen Innungen unterlassen wären, und demzufolge genaue statistische Angaben über die Anzahl der ein- und ausgeschriebenen bzw. geprüften Innungslehrlinge nicht hätten gemacht werden können. Herzogl. Staatsministerium hat daraufhin die Kammer um Namhaftmachung der säumigen Innungen ersucht und nach Empfang des Materials wahrscheinlich die einzelnen Aufsichtsbehörden der betr. Innungen veranlaßt, letztere an ihre Pflichten zu erinnern. Ähnliche Beschwerden, wie sie Herr Cassel vorgebracht, seien in der letzten Zeit mehrfach erhoben, doch seien dieselben sämtlich unbegründet gewesen, weil durch das Bureau bestimmt festgestellt sei, daß die betr. Beschwerdeführer tatsächlich die Einsendung der erwähnten An- und Abmeldeformulare bzw. der Prüfungsprotokolle in dem Geschäftsjahr 1905/06, das für die Kammer in diesem Falle allein in Frage gekommen sei, versäumt hätten. Er wolle gern glauben, daß in vielen Fällen die Obermeister ähnliche Anordnungen wie Herr Cassel getroffen hätten, dann seien vielleicht die Schriftführer der betr. Innungen an der Versäumnis schuld, wie z. B. in Königslutter.

Auf weitere Anfragen in derselben Angelegenheit von anderen Kammermitgliedern erklärt der Sekretär, er sei ohne Einsicht der Akten nicht im Stande, Rede und Antwort zu stehen.

Herr Lutterberg wünscht, daß bald ein Obermeistertag in Holzminden stattfinden möge, damit die Handwerker noch mehr aufgeklärt würden. Der Vorsitzende und der Sekretär erklären sich bereit, diesem Wunsche zu entsprechen.

Herr Kettler wendet sich gegen den im Geschäftsbericht erwähnten neuen Gesetzentwurf betr. die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien und solchen Konditoreien, in denen neben den Konditorwaren auch Backwaren hergestellt werden, klagt darüber, daß die Bäcker jetzt geradezu unter Polizeiaufsicht ständen und beantragt, die Kammer möge beschließen, Herzogl. Staatsministerium zu ersuchen, das neue Gesetz fallen und es mit der zur Zeit maßgebenden Braunschweigischen Bäckereiverordnung sein Bewenden haben zu lassen, da seiner Ansicht nach die jetzigen Bestimmungen zur Gewährleistung der Sauberkeit etc. genügten. Er bedauert außerdem, daß diejenigen Bäckermeister, die an den Sonntagen vor Weihnachten über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus Kuchen hätten backen wollen, hierfür einen besonderen Erlaubnisschein nötig gehabt und für diesen noch 1,50 Mk. Gewerbesteuer hätten bezahlen müssen, und diejenigen, die sich keinen Erlaubnisschein geholt, mit Geldstrafe bestraft worden wären.

Der Vorsitzende erwidert, daß es sich in den genannten Fällen nicht um Gewerbesteuer, sondern um sogenannte Stempelsteuer handle, und daß jeder Gewerbetreibende, der einen Erlaubnisschein sich von der Polizeibehörde ausstellen lasse, diese Steuer zu bezahlen habe. Er bemerkt ferner, man möge das neue Gesetz erst einmal abwarten, im übrigen werde sich, da es Reichsgesetz sei, wenig dagegen tun lassen.

Der Sekretär entgegnet, es handle sich nicht um ein Reichsgesetz, sondern um ein auf Grund eines Bundesratsbeschlusses zu erlassendes Landesgesetz, gegen das deshalb seitens der Kammer nicht angekämpft werden könne. Er bitte aus diesem Grunde von der beantragten Beschlußfassung Abstand zu nehmen.

Herr Hardeweg unterstützt den Antrag des Herrn Kettler und meint, daß durch die vielen Verordnungen, namentlich seit der Einführung des Maximalarbeitstages die Streiks ins Leben gerufen seien. Einzelne Bestimmungen der geltenden Braunschweigischen Bäckerei-Verordnung seien unausführbar, und ließen sich gewiß noch abändern. Die Bäcker-Innungen täten selbst schon genug, um den Vorschriften gerecht zu werden.

Der Vorsitzende spricht sich dahin aus, daß es jetzt noch zu früh sei, gegen das Gesetz Front zu machen, da dessen Bestimmungen ja demnächst erst in einer besonderen Konferenz mit den Interessenten durchberaten werden sollten. Dann sei es noch an der Zeit, etwaige Abänderungswünsche zu äußern. Er mache aber den Vorschlag, daß Herzogl. Staatsministerium gebeten werde, nach stattgehabter Beratung des Gesetzentwurfs denselben der Handwerkskammer abermals vorzulegen, damit derselbe von einer besonderen Kommission von Bäckermeistern noch einmal geprüft werden könne.

Herr Kettler ist mit diesem Vorschlage einverstanden und zieht darauf seinen Antrag zurück.

Herr Meyer spricht seine Verwunderung darüber aus, daß trotz der gelegentlich der letzten Vollversammlung vom Vorsitzenden gegebenen Zusage, der Vorstand werde noch weiteres Material betreffs der Schäden des heutigen Submissionswesens sammeln, in der Angelegenheit nichts geschehen sei; da auch seitens der Behörden nichts geschähe, um dem eingerissenen Submissionsunwesen zu steuern, so sei man auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen. Es sei höchst bedauerlich, daß die Behörden das Handwerk nicht genügend unterstützten. Die Zwangsinnungen hätten nur wenig Einfluß auf die Preisfestsetzung. Es müsse verlangt werden, daß nur diejenigen Handwerker bei Submissionen Berücksichtigung fänden, die Mittelpreise fordern, nicht aber die Mindestfordernden. Er bitte deshalb die Versammlung, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß der Vorstand beauftragt werde, so bald als möglich das erforderliche Material zu sammeln und die Behörden, namentlich den Stadtmagistrat zu Braunschweig zu ersuchen, submittierte Arbeiten und Lieferungen nicht an den Billigsten zu vergeben.

Der Vorsitzende meint, die Handwerker hätten selbst Schuld an dem bestehenden Zustande, es seien, wie er schon früher hervorgehoben, Kalkulationskurse durchaus notwendig, denn es gäbe tatsächlich viele Handwerksmeister, die überhaupt nicht rechnen könnten, natürlich auch solche, die nicht rechnen wollten. Man könne es dem Stadtmagistrat nicht verdenken, wenn er die angebotenen Lieferungen so billig acceptierte, wie er sie bekommen könne, und zwingen könne man den Stadtmagistrat auch nicht, ein zu geringes Gebot abzulehnen.

Herr Brackebusch ist auch der Ansicht, daß den Handwerkern allein die Schuld an den zeitigen Submissionsverhältnissen beizumessen sei, und erwidert Herrn Meyer, daß die Zwangsinnung wohl in der Lage seien, wenn auch nicht durch Beschluß, so doch durch Vereinbarung der Mitglieder untereinander Mindestpreise festzusetzen. Immerhin könnten die Behörden aber das Ihrige zur Hebung des Handwerks dadurch beitragen, daß sie übermäßige Unterbietungen nicht berücksichtigten, von der Staatshilfe an sich verspräche er sich nicht viel.

Herr Meyer hält Kalkulationskurse für überflüssig und führt noch aus, bei dem Druck der hohen Löhne einerseits und infolge des Submissionsunwesens andererseits, könne das Handwerk nicht mehr bestehen, und man dürfe sich wirklich nicht wundern, wenn mancher Handwerker seinen Sohn nicht wieder Handwerker werden lasse.

Herr Lutterberg ist der Meinung, die Preisunterbietungen würden von den nicht zur Innung gehörenden Geschäften betrieben, ohne damit einen besonderen Antrag stellen zu wollen, und gibt der Versammlung anheim, zu überlegen, ob es nicht zweckmäßig sei, dahin zu streben, daß diejenigen Handwerksmeister, die an einem andern Orte als den ihrer gewerblichen Niederlassung irgendwelche Arbeiten ausführten, zu einer Extragewbesteuer herangezogen würden, zumal doch die ortseingewachsenen Gewerbetreibenden durch solche Arbeiten entschieden benachteiligt würden.

Herr Freise tritt infolge eines ihm von den Baugwerksmeistern des Kreises Holzminden erteilten Auftrags dafür ein, daß auswärtige Maurermeister, die im Herzogtum Arbeiten ausführten, auch in dem betreffenden Orte Gewerbebesteuer zahlen müßten.

Der Vorsitzende erwidert darauf, daß derartige Steuern eine Beschränkung der Gewerbefreiheit bedeuteten und deshalb nicht möglich seien. Was das Submissionswesen anlange, so gäbe es bei den staatlichen Behörden kaum einen Grund zu klagen, und auf die städtischen Behörden könne die Kammer keinen Einfluß ausüben.

Herr Meyer erwidert abermals, wenn die Behörden sagten, sie wollten die Steuerkraft der Bürger erhalten, dann könnten sie den bestehenden Zustand nicht länger bestehen lassen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß die Kammer mehrfach versucht habe, eine Änderung im Submissionswesen herbeizuführen, daß aber das von den befragten Handwerksmeistern eingegangene und sodann Herzogl. Staatsministerium unterbreitete Material nicht ausgereicht habe, um die angeblichen Schäden zu beweisen. Die Ansichten über das Submissionswesen gingen auch so auseinander, daß es sehr schwer halten würde, jemals einen alle Handwerker befriedigenden Beschluß herbeizuführen.

Herr Kiehne stellt im Auftrage seiner Wähler den Antrag, daß bei der Aufstellung der Preise für submittierte Arbeiten und Lieferungen Sachverständige hinzugezogen werden möchten.

Herr Cassel weist darauf hin, daß in Schöppenstedt schon seit einem Menschenalter bei Submissionen das Mittelpreisverfahren beobachtet sei, daß aber für eine wirkliche gute Regelung des Submissionswesens erst ein Modus geboren werden müsse.

Herr Brackebusch teilt mit, daß die Baudirektion in Gandersheim stets den billigsten Submittenten berücksichtige.

Herr Eicke beantragt, dahin zu wirken, daß der Mindestfordernde unter allen Umständen ausgeschlossen werde, da man dadurch schon viel gewönne, und daß möglichst das Mittelpreisverfahren zur Einführung gelange.

Herr Dressel ergänzt diesen Antrag, indem er ausführt, daß der Mittelpreis in der Weise berechnet werden müsse, daß sämtliche Angebote zunächst addiert und die Schlußsumme dann durch die Anzahl derselben dividiert würde.

Von mehreren Seiten wird auch noch empfohlen, bei der Vergebung von Arbeiten eine gewisse Abwechslung eintreten zu lassen.

Herr Regierungsrat Dr. Stegmann greift darauf in die Debatte ein und führt etwa Folgendes aus: Es sei durchaus nicht auffallend, daß das Submissionswesen von jeher den Gegenstand lebhafter Erörterungen fast in allen Handwerkerversammlungen gebildet habe. Die Schwierigkeiten des Submissionswesens lägen in der Sache selbst, und sobald werde dasselbe nicht von der Tagesordnung verschwinden. Die Erwerbsverhältnisse in der Jetztzeit seien außerordentlich erschwert; wer nicht das Glück habe, einen reichen Vater zu besitzen, finde schwerer einen Erwerb, wie ein anderer. Nicht nur im Handwerk, sondern überall sei es heute schwer, sich seinen Platz unter der

Sonne zu sichern. Jeder Stand müsse danach suchen, sich seine Existenz zu erhalten. Natürlich spiele bei den Handwerkern das Submissionswesen eine große Rolle. Bei diesem müsse man aber zwei Faktoren unterscheiden, auf der einen Seite die Mißstände, auf der anderen die Verbesserungsvorschläge. Was die Mißstände anlange, so sei Herzogl. Staatsministerium pflichtgemäß an die Kammer herangetreten und habe Material eingefordert, das ausreiche, um gegen dieselben einzuschreiten. Das von der Kammer eingelieferte Material sei aber, wie von dem Vorsitzenden schon bemerkt, zu dürftig gewesen; allerdings wolle er dabei betonen, daß die Kammer hieran nicht schuld sei, diese habe vielmehr in jeder Weise ihre Pflicht getan. Mit allgemeinen Redensarten sei der Kammer allerdings nicht gedient. Es bliebe also die Frage, auf welche Weise die Handwerker diejenigen ihrer Kollegen, derer sie selbst nicht Herr werden könnten, mit Staatshilfe so zu beeinflussen im Stande wären, daß wieder gesunde Verhältnisse einträten. Wenn die Handwerker Selbstbewußtsein ihres Standes hätten, dann müßten sie auch Vertrauen zu derjenigen Korporation haben, die ihre Interessen verträte, sonst geriete die Korporation, im vorliegenden Falle die Handwerkskammer, in Mißkredit. Bei der Nennung von Behörden seien die Staats- und Kommunalbehörden streng von einander zu trennen. Der Staat könnte ja bei seinen eigenen Bauten Abhilfe schaffen, aber in die Selbstverwaltung der Städte in dieser Beziehung nicht eingreifen. Bei der Unterbietung müsse man zwischen Unklugheit und Absicht unterscheiden. Es sei eine höchst bedauerliche Erscheinung, daß mancher Unternehmer, nur um seinen Betrieb aufrecht zu erhalten, mit Verlust arbeiten müsse, sehr verwerflich sei es aber, wenn jemand, nur um seinen Konkurrenten zu schädigen, einen niedrigeren Preis nähme, als er mit seinem Handwerkergewissen verantworten könnte. In dieser Richtung werde man stets die Unterstützung der Behörden finden. Der Handwerkskammer sei zu danken, daß sie mit Ernst an die Arbeit gegangen, und sich der Dringlichkeit derselben nicht verschlossen habe. Aber die verschiedenen hier gemachten Verbesserungsvorschläge bewiesen schon durch ihre Mannigfaltigkeit, wie schwer die Frage zu lösen sei. Es sei nicht allgemeiner Wunsch, daß der Mindestfordernde den Zuschlag erhalte. Er könne deshalb den von Herrn Meyer vorgeschlagenen Weg nicht für richtig halten und warne die Versammlung dringend vor einem derartigen Schritte. Herzogl. Staatsministerium erwarte ganz bestimmte positive Vorschläge von der Kammer, und zwar gesondert nach den verschiedenen Gewerben. Wenn solche gefunden würden, dann sei die Regierung in der Lage, in eine Prüfung der Vorschläge einzutreten. Das gesamte Material müsse aber von einer Kommission genau gesichtet werden, und wenn es gelänge, einen guten Ausweg zu finden, so glaube er im Namen Sr. Exzellenz Herrn Wirkl. Geh. Rat Hartwig aussprechen zu können, daß dieser der Kammer dankbar sein werde. (Bravo!) Jedenfalls halte er es bei der ganzen Angelegenheit nicht für richtig, schon heute einen bestimmten Beschluß zu fassen, sondern gebe der Versammlung anheim, in einer besonders dafür anberaumten Plenarsitzung über das Submissionswesen zu beraten.

Die Herren Kiehne und Wolf meinen, daß dann eine Kommission gewählt werden müsse, die die Angelegenheit eingehend vorzubereiten habe.

Der Vorsitzende erwidert, daß bereits eine besondere Kommission zur Regelung des Submissionswesens existiere, er hält ebenfalls eine Extrasitzung für durchaus zweckmäßig, gibt zugleich die Zusage, daß das erforderliche Material gesammelt werden solle, und stellt es in das Ermessen der Abgeordneten, auf den Vorschlag des Kommissars einzugehen.

Herr Meyer hält den Worten des Kommissars entgegen, daß es seiner Ansicht nach nicht schaden könne, wenn die heutige Versammlung seinen eigenen Anregungen Folge gäbe, und bezeichnet es als nicht richtig, daß man, ohne einen Beschluß in der Sache zu fassen, wieder auseinander gehen solle. Unter Beleuchtung der schlechten Lage des Handwerks tritt er nochmals für das Mittelpreisverfahren ein und empfiehlt der Versammlung seinen Antrag zur Annahme.

Herr Regierungsrat Dr. Stegemann erwidert darauf, daß die Versammlung an Autorität verliere, wenn sie, ohne in der Sache klar zu sehen, so schnell Beschlüsse fasse; er bitte deshalb, den Antrag des Herrn Meyer abzulehnen.

Herr Herbst bringt zur Sprache, daß bei den beschränkten Submissionen der Lieferungen für das 10. Armeekorps in Hannover anfangs diejenigen Submittenten berücksichtigt seien, die Durchschnittspreise gefordert hätten. Dieses Verfahren habe aller-

dings nur 3 Jahre gedauert, weil Unterschreibungen vorgekommen seien. Er sei deshalb auch der Meinung, daß die Verbesserungsvorschläge, wie sie hier vorgebracht, noch nicht die richtigen wären, und ersucht die Versammlung, dem Rat des Kommissars zu folgen.

Herr Freise beantragt Schluß der Debatte und bittet ebenfalls, auf die wohlgemeinten Worte des Kommissars zu hören und den Antrag des Herrn Meyer abzulehnen.

Der Vorsitzende führt dann noch aus, die Angelegenheit werde heute am besten dadurch erledigt, daß die Versammlung, der Anregung des Kommissars folgend, ihre Zustimmung dazu gebe, daß im Herbst d. J. eine außerordentliche Vollversammlung einberufen werde, deren Tagesordnung als Hauptpunkt „Submissionswesen“ aufweisen müsse: er bitte diese seine Worte als Antrag anzusehen und denselben annehmen zu wollen.

Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen.

Herr Neddermeyer fragt an, weshalb ein seiner Zeit von ihm auf entsprechendes Kammerrundschreiben für Verleihung eines Ehrenzeichens in Vorschlag gebrachter Schuhmachergeselle im Kreise Helmstedt weder diese staatliche Auszeichnung noch auch ein Ehrendiplom von der Kammer erhalten habe.

Der Sekretär erklärt, die Verleihung des Ehrenzeichens sei Staatsangelegenheit, und die Verleihung eines Ehrendiploms sei in diesem Falle garnicht beantragt.

Herr Regierungsrat Dr. Stegmann ergänzt die Aufklärung noch dahin, daß die derzeitige Umfrage der Kammer rein interner Natur gewesen sei, um festzustellen, wie viel Gesellen für die Verleihung des Ehrenzeichens in Betracht kommen würden, wenn schon von einer 25jährigen ununterbrochenen Tätigkeit in einem und demselben Geschäft an die Dekoration verliehen würde.

Schließlich stellt noch Herr Hoffmann mit Bezugnahme auf die im Geschäftsbericht erwähnte, demnächst jedenfalls zur Einführung gelangende weitere Beschränkung der Sonntagsruhe im Photographengewerbe die Anfrage, ob die Inhaber der photographischen Anstalten mit der Maßnahme auch einverstanden seien.

Der Vorsitzende erklärt, daß diese Neuerung gerade auf besonderen Antrag der photographischen Arbeitgeber eingeführt werde.

II. Neuwahlen der ständigen Ausschüsse.

Namens des Vorstandes beantragt der Vorsitzende, die bisherigen Mitglieder der ständigen Ausschüsse sämtlich durch Zuruf wieder zu wählen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Demzufolge sind gewählt in den „Ausschuß für das Lehrlingswesen“ die Herren Kettler, Burgdorff und Hahn, in den „Berufungsausschuß“ die Herren Horney, Berger und Wolf, in den „Rechnungsausschuß“ die Herren Horney, Vehe und Wolf, in den „Ausschuß zur Förderung des Handwerks“ die Herren Behrens, Göcke, Hahn, Kronemann, Geffers, Bierberg, Lutterberg und Kaulitz, in den „Ausschuß für das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen“ die Herren Meyer, Wollenweber, Eicke, Kiehne, Kauffmann, Noack, Cassel, Neddermeyer, Dressel, Geffers, Bierberg, Krüger, Brackebusch, Pistorius, Freise, Blume, Kaulitz und Heu wold. Sämtliche anwesenden Herren nehmen die Wahl an.

III. Abnahme der Jahresrechnung pro 1905/06.

An Stelle des erkrankten Referenten Herrn Horney berichtet Herr Vehe namens des Rechnungsausschusses: Der Ausschuß habe in den Sitzungen vom 28. und 29. Juni 1906 sämtliche Bücher über die Einnahmen und Ausgaben der Kammer, sowie die zugehörigen Beläge eingehend geprüft und für richtig befunden. Beim Rechnungsabschluß habe sich eine Einnahme von 21 689,25 Mk. und eine Ausgabe von 16 514,57 Mk. ergeben, sodaß der Kassenbestand am 1. April 1906 auf 5174,68 Mk. sich belaufen habe. Er beantrage demgemäß dem Rechnungsführer Herrn G ö c k e für die Jahresrechnung Entlastung zu erteilen. Dem Antrage wird stattgegeben.

Im Anschluß daran gibt der Vorsitzende noch bekannt, daß der Stipendienfonds der Kammer am 1. April 1906 einen Kassenbestand von 6616 Mk. 89 Pf. gehabt habe.

und durch weitere Zuwendungen und Zinsen zur Zeit auf 7225 Mk. 89 Pf. angewachsen sei. Hoffentlich genehmigten die hiesigen Stadtverordneten die ihnen vorgelegte Magistratsvorlage, wonach dem Stipendienfonds weitere 3000 Mk. aus den Erträgen der Warenhaussteuer überwiesen werden sollten, dann hätte der Fonds die ansehnliche Höhe von über 10 000 Mk. erreicht.

Um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr tritt eine halbstündige Frühstückspause ein; nach Beendigung derselben werden die Verhandlungen fortgesetzt.

IV. Haushaltsplan pro 1907/08.

Der Voranschlag für 1907/08 weist folgende Hauptpositionen in den Ausgaben auf:

1. Entschädigung für Wahrnehmung der Geschäfte der Kammer	1800 Mk.
2. Reisekosten und Diäten	3250 „
3. Gehälter	7540 „
4. Miete	1500 „
5. Heizung und Beleuchtung der Bureauräume	500 „
6. Anschaffungen für das Bureau	200 „
7. Bureau-Unkosten	1800 „
8. Bibliothek	200 „
9. Abonnements für Fachzeitschriften usw. und Beitrag zum Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertag	150 „
10. Zuschuß zur Herstellung des „Handwerksboten“	960 „
11. Jahresbeitrag zum Stipendienfonds	300 „
12. Ehrungen	200 „
13. Außerordentliche Ausgaben und Unvorhergesehenes	100 „

Dieser Haushaltsplan nebst einem Überblick über die Ausgaben im Rechnungsjahre 1906/07 war sämtlichen Abgeordneten zugleich mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugesandt. Irgendwelche Einwendungen gegen denselben werden von keiner Seite erhoben.

Der Vorsitzende gibt als Referent soweit erforderlich nähere Erläuterungen zu den einzelnen Positionen und stellt den Antrag, den Etat in Pos. 13. noch um 500 Mk. zu erhöhen.

Herr Freise empfiehlt, die Höhe des Etats auf 18 500 Mk. zu belassen.

Herr Vehe widerspricht diesem Vorschlage und unterstützt den Antrag des Vorsitzenden.

Herr Herbst bittet ebenfalls den Antrag des Vorsitzenden anzunehmen.

Dies geschieht einstimmig, und ist damit der Haushaltsplan auf 19 000 Mk. in Einnahmen und Ausgaben im Ganzen genehmigt.

V. Abänderung der Statuten der Handwerkskammer.

Über diesen Punkt berichtet der Vorsitzende etwa folgendermaßen: Allen Mitgliedern sei vor längerer Zeit ein Neudruck der Statuten, in dem alle schon früher genehmigten, sowie die erst kürzlich vom Vorstände beschlossenen Abänderungen Berücksichtigung gefunden hätten, als Sitzungsmaterial zugegangen, so daß sie sich mit den Änderungen schon genau hätten vertraut machen können. Er glaube, daß niemand gegen die neue Fassung irgendwelche Bedenken habe, und beantrage deshalb die Statuten in der vorliegenden Form, vorbehaltlich der Genehmigung Herzogl. Staatsministeriums, anzunehmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

VI. Beauftragtenwesen betr.

Der Berichterstatter Herr Kronemann teilt hierzu mit: Er habe schon vor 3 Jahren die Hälfte der Handwerksbetriebe der Stadt Wolfenbüttel und des Ortes Salder kontrolliert. Die Handwerker des Amtsbezirks Vorsfelde seien von Herrn Geffers und diejenigen des Amtsbezirks Königslutter von dem Bureauvorsteher der Handwerkskammer, Herrn Fientje, kontrolliert und in Holzminden hätten mehrere Innungen diese Kontrolle durch eigene Beauftragte ausgeführt. Daß diese Kontrolle durchaus

notwendig gewesen, hätten die aufgedeckten Mängel gezeigt, insbesondere im Bezirk Vorsfelde; bei seiner eigenen Kontrolle habe er vor allem gefunden, daß Arbeitsbücher nicht ausgestellt und schriftliche Lehrverträge nicht abgeschlossen und ein großer Teil der vorhandenen Lehrlinge weder bei der Handwerkskammer noch auch bei der betr. Innung angemeldet gewesen wären. Hierin müsse unbedingt Ordnung geschaffen werden. Das Beauftragtenwesen habe große Vorteile für die Innungen sowohl wie auch für die Handwerkskammer.

Der Vorsitzende ergänzt die Mitteilungen des Referenten, indem er noch nachstehendes bekannt gibt: Insgesamt seien 723 Handwerksbetriebe teils durch probeweise bestellte Beauftragte der Kammer, teils durch Innungsbeauftragte kontrolliert. Davon seien 395 ohne Lehrlinge und in 328 Betrieben würden Lehrlinge gehalten. Mit 131 Lehrlingen seien keine Lehrverträge abgeschlossen, 49 Lehrverträge ungültig, 33 Lehrlinge nicht zur Innungs- und 98 nicht zur Handwerkskammerlehrlingsrolle angemeldet gewesen. 133 Lehrlinge hätten gar keine Arbeitsbücher gehabt, und in 64 Arbeitsbüchern hätten die erforderlichen Eintragungen gefehlt. Von den oben erwähnten 723 Betrieben gehörten 449 einer Innung an und 274 Betriebsinhaber seien nicht Innungsmitglieder.

Die Kontrolle der 723 Betriebe habe einen Kostenaufwand von ca. 250 Mk. verursacht, die nachträglich eingegangenen Gebühren für die Eintragung der Nichtinnungslehrlinge in die Lehrlingsrolle der Handwerkskammer beliefen sich auf 272 Mk., sodaß einschließlich der Porto- etc. Auslagen die Einnahmen mit den Ausgaben balanzierten. Da das ganze Herzogtum Braunschweig ca. 15000 Handwerksbetriebe zähle, so würden die Gesamtrevisionsunkosten sich auf etwa 5000 Mk. belaufen. Die feste Anstellung eines oder mehrerer Beauftragten, wie sie von verschiedenen Handwerkskammern beschlossen sei, halte er nicht für zweckmäßig, sondern er glaube, daß, wenn der Vorstand dann und wann ein Kammermitglied oder den Bureauvorsteher der Kammer mit der Kontrolle beauftrage, mit der Zeit sämtliche Handwerksbetriebe des Landes kontrolliert werden könnten. Sein Antrag gehe deshalb dahin, die Versammlung möge beschließen, von der festen Anstellung irgend welcher Beauftragten Abstand zu nehmen und ihre Einwilligung dazu geben, daß nach und nach alle Handwerksbetriebe des Herzogtums durch jedesmal besonders bestellte Beauftragte der Kammer revidiert würden.

In der sich hieran anschließenden Debatte, an der sich die Herren Hardeweg, Neddermeyer, Blume, Kretzer, Winnig, Kiehne, Lutterberg, Kayser, Wilhelm, Geffers, Kronemann beteiligen, wird insbesondere dem Bedauern Ausdruck verliehen, daß in den Militär-Kasernen und -Werkstätten vielfach die Soldaten zu Schuhmachern, Schneidern und Friseuren ausgebildet würden und nach Beendigung ihrer Militärzeit sich selbstständig machten, und so den ordnungsmäßig ausgebildeten Gewerbetreibenden ins Handwerk pfuschten.

Herr V e h e erwidert darauf, daß, wenn tatsächlich Fälle vorkämen, in den dem Handwerk durch die Militärwerkstätten etc. erhebliche Konkurrenz bereitet würde, es nur einer Eingabe an das Kriegsministerium bedürfe; dann würde dem Unwesen schon Einhalt getan.

Herr K r o n e m a n n hält es für wünschenswert, daß nur solche Personen als Beauftragte bestellt werden, die mit allen einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und den Vorschriften der Handwerkskammer vertraut wären, damit sie über die an sie gestellten Fragen auch die nötige Auskunft erteilen könnten.

Der Vorsitzende erklärt, dieses Prinzip sei von jeher befolgt und er bitte nunmehr seinen bereits gestellten Antrag anzunehmen. Dasselbe geschieht einstimmig.

VII. Anträge mehrerer Schlosser- bzw. Schlosser- und Schmiede-Innungen des Herzogtums Braunschweig betr. Abänderung des § 9 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens.

Der Berichterstatter Herr B e h r e n s führt dazu folgendes aus: „Durch die im vergangenen Jahre seitens der Handwerkskammer an die Innungsvorstände gerichtete Umfrage, wie sich die Bestimmungen des § 9 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens, betr. die Höchstzahl der zu haltenden Lehrlinge, bewährt habe, hat die hiesige Schlosser-Innung sich veranlaßt gesehen, dieser Frage näher zu treten.

Schon seit Jahren ist das Angebot von Schlosserlehrlingen groß und hat sich fortwährend gesteigert. Es ist dies auch erklärlich: Denn ein tüchtiger Schlossergeselle hat weitgehendere Aussichten für sein späteres Leben und besseres Fortkommen, als irgend ein junger Mann, der ein anderes Gewerbe gelernt hat.

Aber trotz des großen Andrangs hat sich im allgemeinen eine sog. „Lehrlingszüchterei“, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nicht gezeigt, wohl aber ein Mangel an Gesellen, da, wie eben schon erwähnt, diesen viele andere Gebiete offen stehen. Dieser Mangel tritt nun aber in den kleinen Städten und auf dem Lande ganz besonders hervor, und es ist dort teilweise ganz unmöglich, selbst bei der allerbesten Lohnzahlung usw. Gesellen zu bekommen.

Um nun hierin wirklich dringende Abhilfe zu schaffen, hat zunächst der Vorstand der hiesigen Schlosser-Innung sich veranlaßt gesehen, der Kammer einen Antrag auf Abänderung des § 9 der bezeichneten Lehrlingsvorschriften einzureichen. Ich erlaube mir, denselben im Wortlaut vorzutragen. (Geschieht.)

Wenn nun der so dringend nötigen Abänderung des § 9 mit der Motivierung, die Lehrlingszüchterei hintan zu halten, entgegengetreten wird, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß die kleinen und großen Maschinenfabriken, sowie die Eisenbahnwerkstätten in keiner Weise in der Anzahl der Lehrlinge beschränkt sind. Ob nun die Lehrlinge in diesen Werkstätten eine ebenso gute Ausbildung erhalten, wie diejenigen in Schlossereien, kann ich nicht beurteilen, da keinerlei Angaben hierüber vorliegen, wohingegen über die Prüfungen der bei Schlossermeistern in der Lehre gewesenen Lehrlinge bis heute sehr zufriedenstellende Resultate auch der Handwerkskammer bekannt sind.

Bei der Behandlung der ganzen Frage muß aber auch noch darauf hingewiesen werden, daß durch die Lehre bei Schlossermeistern unserem Gewerbe — wie schon im Antrage gesagt — auch tüchtige Arbeiter erhalten werden; denn durch die ganze Art der Ausbildung in den Schlossereien gegenüber der Ausbildung in Fabrikbetrieben wird die Liebe zum Handwerk noch bei manchem strebsamen Manne — der sonst zum Maschinenarbeiter würde — geweckt, und hierdurch ein guter Nachwuchs für die sich ganz gewiß nicht aus den Fabrikarbeitern rekrutierenden Meister geschaffen.

Daß die heutige Frage auch weitere Kreise beschäftigt, wollen Sie aus dem 3. Heft des deutschen Handwerksblattes ersehen, in dem das Ergebnis der von der Gewerbekammer Lübeck in dieser Angelegenheit gehaltenen Umfrage bei den deutschen Handwerks- und Gewerbekammern zum Abdruck gebracht ist. Die Umfrage hat sich auf 71 Handwerks- bzw. Gewerbekammern erstreckt. Von diesen haben 33 Kammern überhaupt keine Vorschriften über die Anzahl der zu haltenden Lehrlinge erlassen, und die von den übrig bleibenden 35 Kammern erlassenen Vorschriften weichen größtenteils, durch die örtlichen Verhältnisse bedingt, von einander ab, scheinen im allgemeinen aber zufriedenstellend zu wirken, da den meisten Kammern auch das Recht eingeräumt ist, Ausnahmen zu gestatten.

Um nun zu verhindern, daß der jugendliche Nachwuchs nicht den Fabriken zugeführt wird, sind daher im Schlosserhandwerk mehr Ausnahmen zuzulassen, als in anderen Gewerben.

Auf Grund der eingegangenen Antworten kommt die Gewerbekammer Lübeck zu dem Ergebnis, daß es nicht angebracht sei, zur Zeit Vorschriften über die Höchstzahl der Schlosserlehrlinge zu erlassen. Sie hat dementsprechend in einem an die Innungsaufsichtsbehörde gerichteten Gutachten sich in folgender Weise ausgesprochen. (Referent verliest das Gutachten.)

Wenn nun auch in vielen Kammerbezirken die Zahl der Lehrlinge eine unbeschränkte ist, so wollen die hiesige wie auch die übrigen Schlosser- bzw. Schlosser- und Schmiede-Innungen, in deren Namen ich hier spreche, gar nicht so weit gehen, sie wünschen nur, und dahin gehen ihre Anträge, daß die Zahl der zu haltenden Lehrlinge für Handwerker ohne Gesellen von 2 auf 3 erhöht wird, indem sie der Kammer anheimgeben, die Zahl der Lehrlinge nach oben hin, wie in mehreren Handwerkskammern bereits geschehen, auf eine feste Zahl zu beschränken. Im Namen der erwähnten Innungen bitte ich deshalb die Versammlung um Annahme des gemeinsamen Antrages.

Herr Rose fügt dem Referat des Herrn Behrens noch folgendes hinzu: „Als die Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens vor 5 Jahren von den meisten auch

heute hier anwesenden Mitgliedern der Handwerkskammer beraten und festgestellt wurden, habe ich schon auf die Härten, die die Bestimmungen des § 9 für manches Handwerk, besonders das Schlosserhandwerk, mit sich bringen würden, aufmerksam gemacht und mich vergeblich bemüht, die Herren zu überzeugen, daß die Höchstzahl von 2 Lehrlingen für einen Meister ohne Gesellen für das Schlosserhandwerk zu gering bemessen sei. Damals wurden viele Handwerker, denen es schwer wurde, Lehrlinge zu bekommen, durch die irrige Ansicht geleitet, daß ihrem Handwerk mehr Lehrlinge zugeführt würden, wenn man dem Schlossergewerbe die Flügel beschnitte, da dieses ja Überfluß an Lehrlingen hatte. Tatsächlich wurde auch von manchem Meister sogen. „Lehrlingszüchtere“ betrieben und darin mußte Wandel geschaffen werden. Auch die Vertreter des Gesellenausschusses glaubten, daß mancher Geselle leichter Arbeit bekommen würde, wenn nicht so viel Lehrlinge gehalten werden könnten, obwohl auch damals schon der Beweis erbracht wurde, daß auf dem Lande und in den kleinen Städten großer Gesellenmangel herrschte, besonders im Schlossergewerbe. Nun, meine Herren, die verflossenen 5 Jahre haben den schlagendsten Beweis geliefert, daß wohl mancher kleine Schlossermeister durch die Bestimmungen des § 9 geschädigt, der Andrang zum Schlossergewerbe aber nicht vermindert, sondern sogar gestiegen ist, und die Lehrlingszüchterei jetzt in noch größerem Maßstabe als bisher in den Fabriken betrieben wird, die sich nach den Lehrlingsvorschriften der Kammer nicht zu richten brauchen. Im allgemeinen sind mit wenigen Ausnahmen die Verhältnisse im Handwerk die gleichen geblieben. Diejenigen Handwerker, denen es seinerzeit schwer ward, Lehrlinge zu bekommen, befinden sich auch noch in derselben unangenehmen Lage. Das Schlosserhandwerk bietet einmal den jungen Leuten bessere Chancen für ihr späteres Fortkommen. Mag die Sache nun aber liegen wie sie will, das steht fest, daß die Bestimmungen des § 9 der Lehrlingsvorschriften derzeit zu engherzig gefaßt sind und einer Änderung dringend bedürfen. Die Gesuche um Mehreinstellung von Lehrlingen haben sich in letzter Zeit sehr gehäuft, und da dieselben nicht nur von Vertretern des Schlossergewerbes, sondern auch von denen verschiedener anderer Gewerbe eingegangen sind, so liegt es nicht in meiner Absicht, die Versammlung zu ersuchen, daß sie den Schlossern Ausnahmerechte verleihen möge, sondern sie zu bitten, durch eine allgemeine Änderung des § 9 dem Gesamthandwerk einen guten Dienst erweisen zu wollen. Ich möchte Sie auch bitten, meine Herren, alle kleinlichen, parteilichen und egoistischen Ansichten fallen zu lassen, und zunächst im Prinzip den Anträgen der Schlosser- etc. Innungen zuzustimmen, und die Abänderung des § 9 als dringend erforderlich zu beschließen.

Damit Sie aber nicht etwa glauben, daß Sie durch einen derartigen Beschluß einen besonderen Zustand schaffen, den Sie nicht gut verantworten können, möge Ihnen folgende Statistik zur Beruhigung Ihres Gewissens dienen:

Im deutschen Reiche bestehen nur 9 Handwerkskammern, für deren Bezirk bestimmt ist, daß Handwerker, die ohne Gesellen arbeiten, nur 2 Lehrlinge gleichzeitig und Handwerker, die mit Gesellen arbeiten, auf je 2 Gesellen einen weiteren Lehrling halten dürfen. Zu diesen gehört auch unsere Kammer. 14 Kammern gestatten jedem Meister ohne Gesellen 2 Lehrlinge und auf je einen Gesellen einen weiteren Lehrling bis zur Höchstzahl von 6—10 Lehrlingen. In 10 Kammerbezirken dürfen Handwerker ohne Gesellen 3 Lehrlinge gleichzeitig und für je 1—2 Gesellen einen weiteren Lehrling halten. 33 Kammern aber haben überhaupt keine Bestimmungen über die Höchstzahl der zu haltenden Lehrlinge getroffen. (Referent verliest die Namen derselben.) Sie sehen hieraus, Braunschweig ist nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch in Bezug auf die Lehrlingsvorschriften bestrebt, eine Sonderstellung im deutschen Reiche einzunehmen. Mit jedem Jahre wird es für unsere Kinder schwerer, eine solche Berufswahl zu treffen, die für ihr späteres Fortkommen am vorteilhaftesten erscheint. Es wird für Sie jedenfalls auch nicht uninteressant sein, wenn ich Ihnen über die Berufswahl der Knaben, die Ostern 1906 im Staate Braunschweig konfirmiert sind, einige kurze Mitteilungen mache. Von 452 Knaben, die sich dem Handwerk gewidmet, wurden 15 Buchdrucker, 6 Drechsler, 64 Dreher, 9 Elektrotechniker, 45 Former, 1 Glasschleifer, 4 Gold- und Silberarbeiter, 24 Optiker und Mechaniker, 3 Porzellanmaler, 1 Sattler, 157 Schlosser, 7 Schmiede und 19 Tischler. Die übrigen ergriffen andere Berufe.

Sollten Sie sich nun entschließen können, nach diesen meinen Aufklärungen den Anträgen der Schlosser- etc. Innungen zuzustimmen, so behalte ich mir vor, Ihnen eine

Fassung für § 9 zu empfehlen, welche nach meiner Ansicht genügt, um allen Handwerkern Vorteile zu verschaffen, aber auch jeder Lehrlingszuchterei Vorschub zu leisten. Mein Vorschlag für eine neue Fassung des § 9 der Lehrvorschriften würde lauten:

„Handwerker, die ohne Gesellen arbeiten, dürfen nicht mehr als 3 Lehrlinge gleichzeitig halten, indeß ist diese Höchstzahl auch nur dann gestattet, wenn die Lehrlinge in getrennten Jahrgängen angenommen sind.

Sobald ein Lehrling das erste Jahr seiner Lehrzeit beendet hat, kann ein weiterer Lehrling eingestellt werden.

Handwerker, die mit Gesellen arbeiten, dürfen auf je 2—3 Gesellen einen weiteren Lehrling halten, doch darf die Höchstzahl von 6—8 Lehrlingen niemals überschritten werden.

Ausnahmen hiervon kann der Vorstand der Handwerkskammer gestatten, wenn triftige Gründe vorliegen und diese von der betr. Innung und der zuständigen Verwaltungsbehörde anerkannt werden.“

Der Vorsitzende ergänzt die Ausführungen der Vorredner in etwa folgender Weise:

Seit dem Inkrafttreten der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens, also seit dem 1. Januar 1902, seien bis jetzt 25 Gesuche wegen Mehreinstellung von Lehrlingen eingegangen, von denen der Vorstand 19 genehmigt und nur 6 abgelehnt habe. Auf die einzelnen Jahre und Handwerke verteilt ergäbe sich somit nachstehende Tabelle:

1903:

3 Gesuche von Schlossern, davon 2 genehmigt, 1 abgelehnt.

1904:

2 Gesuche von Schlossern, davon 1 genehmigt, 1 abgelehnt.

1 Gesuch	„	Mechanikern,	„	1	„	—	„
1	„	Schneidern,	„	1	„	—	„
1	„	Malern,	„	1	„	—	„
1	„	Tischlern,	„	1	„	—	„
1	„	Friseuren,	„	1	„	—	„
1	„	Bäckern,	„	1	„	—	„

8 zusammen, davon 6 genehmigt, 2 abgelehnt.

1905:

1 Gesuch von Schlossern, aber abgelehnt.

1906:

6 Gesuche von Schlossern, davon 5 genehmigt, 1 abgelehnt.

2	„	Schneidern,	„	1	„	1	„
2	„	Mechanikern,	„	2	„	—	„
1 Gesuch	„	Friseuren,	„	1	„	—	„
1	„	Bäckern,	„	1	„	—	„
1	„	Tischlern,	„	1	„	—	„

13 zusammen, davon 11 genehmigt, 2 abgelehnt.

Insgesamt seit 1902:

12 Gesuche von Schlossern, davon 8 genehmigt, 4 abgelehnt.

13 „ „ anderen Handwerkern, „ 11 „ 2 „

25 zusammen, davon 19 genehmigt, 6 abgelehnt.

Am 1. April 1906 seien nun in 150 Innungen korporiert gewesen:

7512 Handwerksbetriebe mit 9181 Gesellen und 3981 Lehrlingen.

Zu demselben Zeitpunkt hätten den 9 Schlosser- bzw. Schlosser- und Schmiede-Innungen angehört:

321 Handwerksbetriebe mit 350 Gesellen und 455 Lehrlingen, oder 6 % aller Innungen hätten $3\frac{3}{4}$ % aller Gesellen und $11\frac{3}{8}$ % aller Lehrlinge aufzuweisen gehabt.

Davon seien in den 3 Schlosser-Innungen zu

Braunschweig	88 Betriebe	mit 158 Gesellen	und 211 Lehrlingen
Wolfenbüttel	25	„	22 „ 36 „
Helmstedt	27	„	21 „ 41 „
Zusammen	140	„	201 „ 288 „

oder in 2 % aller Innungen seien $2\frac{1}{5}$ % aller Gesellen und $7\frac{1}{2}$ % aller Lehrlinge beschäftigt gewesen.

Der Gesellenausschuss der Handwerkskammer habe nun in seiner Sitzung vom 25. Februar d. Js. und ebenso der Ausschuß für das Lehrlingswesen in seiner Sitzung vom 11. März d. Js. einstimmig beschlossen, die Anträge der Schlosser- etc. Innungen, die Anzahl der zu haltenden Lehrlinge zu erhöhen, abzulehnen. Er bitte nun die Versammlung, nach allem, was jetzt vorgetragen, nach besten Wissen und Gewissen zu entscheiden.

Der Sekretär berichtet zunächst die vom Herrn Rose am Schlusse gemachten Bemerkungen, es hätten sich von den Ostern 1906 konfirmierten Knaben nur 452 dem Handwerk gewidmet, dahin, daß diese Zahl nur die Fabriklehrlinge umfasse und zwar diejenigen, die in einem Handwerk ausgebildet werden sollten, daß dagegen die Anzahl der Handwerkslehrlinge 1542 betragen hätte.

Herr Vehe fragt an, wieviel Innungen bei der seinerzeit in dieser Angelegenheit erfolgten Umfrage sich für eine Abänderung des § 9 der Lehrlingsvorschriften ausgesprochen hätten.

Der Sekretär teilt darauf mit, daß 89 Innungen überhaupt nur auf die Anfrage geantwortet und 13 davon, in der Hauptsache die Schlosser- bzw. Schlosser- und Schmiede-Innungen, eine Abänderung gewünscht hätten.

Herr Rose gibt dann noch bekannt, er habe an seiner eigenen Person die Härte des § 9 der Lehrlingsvorschriften erfahren müssen, indem Herzogl. Kreisdirektion Gandersheim sein an die Kammer gerichtetes und von dort der genannten Behörde zur Äußerung unterbreitetes Gesuch wegen Mehreinstellung eines Lehrlings nicht befürwortet habe. Er sei auch der festen Überzeugung, daß nur gewissenhafte Personen diesbezügliche Gesuche der Kammer eingereicht hätten, daß ein erheblicher Teil der Handwerker aber gewiß die Vorschriften gar nicht beachte, oder wenigstens in irgendeiner Weise zu umgehen suche.

Herr Freise knüpft hieran an und meint, die Gründe, die für derartige Gesuche angeführt würden, seien bisweilen unwahr, was natürlich die Kammer nicht wissen könne, und so sei es auch möglich gewesen, daß der Vorstand kürzlich ein Gesuch aus Holzminden genehmigt habe, das von Rechtswegen nicht hätte genehmigt werden dürfen. Er halte die Vorschriften für gut und bitte dieselben nicht abzuändern.

Herr Hahn spricht ebenfalls gegen die Annahme des Antrages, indem er bemerkt, daß der Ausschuß für das Lehrlingswesen, dem er auch angehöre, einstimmig beschlossen habe, der Vollversammlung die Ablehnung des Antrages zu empfehlen, und namentlich für das Schlossergewerbe keine Ausnahmegestimmungen zuzulassen.

Die Herren Kronemann, Lutterberg und Dressel unterstützen den Antrag in der festen Überzeugung, daß es besonders auf dem Lande sehr schwer halte, Gesellen zu bekommen.

Die Herren Vehe und Bierberg sprechen sich für die Beibehaltung der bestehenden Vorschriften aus.

Herr Cassel meint, er könne nicht beurteilen, ob im Schlossergewerbe die Aufsicht über 3 Lehrlinge möglich sei, er persönlich halte es aber für sehr schwer.

Herr Meyer unterstützt den Antrag der Schlosser-Innungen.

Herr Rose erklärt dann noch, er wolle nicht darauf bestehen, daß der zweite Absatz der von ihm für § 9 vorgeschlagenen Fassung so lautete, daß die Höchstzahl von 6—8 Lehrlingen niemals überschritten werden dürfe, und schränke deshalb diesen Absatz dahin ein: „Handwerker, die mit Gesellen arbeiten, dürfen auf je 2 Gesellen einen weiteren Lehrling halten“. Auch könne der Absatz 3, in dem Ausnahmegestimmungen vorgesehen seien, fortfallen.

Der Vorsitzende verliest darauf in der so reduzierten Fassung den Antrag des Herrn Rose und läßt darüber abstimmen. Das Ergebnis der Abstimmung ist, daß 21 Abgeordnete für und 22 gegen den Antrag sich erklären. Da die Richtigkeit der Abstimmung jedoch angezweifelt wird, nimmt der Vorsitzende dieselbe zum zweiten Male durch Namensaufruf vor. Hierbei ergibt sich Stimmengleichheit und zwar 23 zu 23 Stimmen. Damit ist der Antrag gemäß § 25 der Satzungen abgelehnt.

III. Abänderung der §§ 7, 8, 16 und 19 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens, sowie Abänderung des Lehrvertragsformulars.

Der Sekretär berichtet hierzu, daß der Vorstand in seiner letzten Sitzung nachstehende Abänderungen der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens beschlossen habe:

§ 7 Absatz 1 erhält folgenden Zusatz:

„welcher, ohne Rücksicht auf die festgesetzte Probezeit möglichst vor Einstellung des Lehrlings betätigt werden muß.“

§ 8 erhält folgenden Zusatz:

„Diese Bestimmungen finden bei Abschluß eines Lehrverhältnisses zwischen Vater und Sohn mit der Beschränkung Anwendung, daß an Stelle des Lehrvertrages nur ein Lehrverpflichtungsschein und zwar in einem Exemplar auf vorgeschriebenem Formular auszufertigen und der Handwerkskammer einzureichen ist.“

§ 16 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Gründe und der Tag der vorzeitigen Lösung sind anzugeben.“

§ 19 erhält unter a) folgende Fassung:

„die in § 8 vorgeschriebene Einreichung des dritten Exemplars des Lehrvertrages bzw. des Lehrverpflichtungsscheines erfolgt nicht an die Handwerkskammer, sondern an den Innungsvorstand.“

§ 19 erhält ferner hinter b) Ziffer 2 folgenden Zusatz:

„Sind Veränderungen im Lehrlingsbestande nicht vorgekommen, so ist dies ebenfalls dem Vorstände der Handwerkskammer anzuzeigen.“

Ebenso habe der Vorstand, da bei dem praktischen Gebrauch des bisher benutzten Lehrvertragsformulars eine erhebliche Anzahl von Mängeln zu Tage getreten seien, den Beschluß gefaßt, dasselbe in verschiedenen Punkten abzuändern, wie die gedruckte Vorlage zeige, die jedem Kammermitgliede als Sitzungsmaterial zugegangen sei, und dem Formular für ein Lehrverhältnis zwischen Vater und Sohn die Bezeichnung „Lehrverpflichtungsschein“ zu geben.

Die Abänderung der beiden Formulare habe bereits der Gesellenausschuß der Kammer in seiner Sitzung vom 25. Februar d. J. und der Ausschuß für das Lehrlingswesen in seiner Sitzung vom 11. März d. J. einstimmig angenommen, letzterer sich auch mit den mitgeteilten Abänderungen der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens einverstanden erklärt. Er beantrage demgemäß, die Herren Abgeordneten möchten, natürlich vorbehaltlich der noch einzuholenden Genehmigung Herzogl. Staatsministeriums, Abteilung des Innern, sämtliche beschlossene Abänderungen gutheißen.

Der Vorsitzende hält es nicht für zweckmäßig, daß im § 15 Absatz 1 des neuen Lehrvertragsformulars der Lehrling darauf hingewiesen werde, daß er gesetzlich nicht verpflichtet sei, sich der Gesellenprüfung zu unterziehen, und ersucht die Versammlung um Zustimmung, daß der Satz: „Weigert sich der Lehrling, diese Prüfung abzulegen, so ist ein entsprechender Vermerk in das Lehrzeugnis (§ 16) einzutragen“ gestrichen werde. Dem Ersuchen wird stattgegeben und mit dieser Änderung der Antrag des Sekretärs einstimmig angenommen.

IX. Verschiedenes.

Der Vorsitzende gibt hierbei zunächst Folgendes bekannt:

Der Verleger des „Handwerksbote“, Herr Buchdruckereibesitzer Fischer-Wolfenbüttel, habe schriftlich beantragt, den Zuschuß für die Herstellung des „Handwerksbote“ um 240 Mk. pro Jahr zu erhöhen und zwar mit Rückwirkung vom 1. Juli 1906 an; dementsprechend sei, wie die Herren aus dem Haushaltsplan für 1907/08 hätten ersehen können, auch die Pos. 10 erhöht, und mit der Etatannahme schon der Zuschuß von Rechtswegen bewilligt. Es handele sich deshalb jetzt nur darum, ob die Versammlung im Prinzip mit künftiger Erhöhung des Zuschusses für das Kammerorgan einverstanden sei. Der Antrag sei begründet, denn mit dem 1. Juli 1906 sei eine allgemeine Erhöhung des Ortsportos für Drucksachen von 2 auf 3 Pfennig erfolgt, wodurch dem Verleger in der Zeit vom 1. Juli bis Ende des Jahres 1906 eine Mehrausgabe von 120 Mk. erwachsen wäre, sodaß die jährlichen Mehrkosten 240 Mk. betrügen. Außer-

dem seien bekanntlich alle Materialien gesteigert und infolge der am 1. Januar 1907 für das Buchdruckergewerbe eingetretenen Erhöhung der Arbeitslöhne um 10 % die Herstellungs- und Versendungskosten des Kammerblattes so verteuert, daß der Verleger ohne Zuschuß ein erhebliches Defizit haben würde, was bereits für das Jahr 1906 eingetreten sei.

Nach kurzer Aussprache, an der die Herren Lutterberg, Kayser und auch Herr Fischer sich beteiligen, wobei letzterer noch ausführt, daß er tatsächlich nicht in der Lage sei, ohne weiteren Zuschuß den Druck und Verlag des „Handwerksbote“ fernerhin zu übernehmen, macht der Vorsitzende den Vorschlag, die Versammlung möge den beanspruchten Zuschuß vorläufig auf ein Jahr und zwar rückwirkend vom 1. Juli 1906 ab bewilligen. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende macht die Kammermitglieder ferner auf die Veranstaltung von Buchführungskursen, auf das von der Kammer ins Leben gerufene Sachverständigeninstitut, auf die Krankenunterstützungskasse a. G. der selbständigen Handwerksmeister im Herzogtum Braunschweig und auf den mit der Braunschweigischen Lebensversicherungsanstalt a. G. zu Braunschweig abgeschlossenen Vergünstigungsvertrag aufmerksam und hebt die Vorteile aller dieser Einrichtungen hervor.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden erklärt sich die Versammlung auch im Prinzip damit einverstanden, daß die Kammer sobald als möglich der Frage der Einrichtung einer Wirtschafts- und Rechts-Auskunftsstelle für das Handwerk, wie sie von der Handelskammer geplant sei, näher trete.

Im Anschluß daran geben der Vorsitzende und der Sekretär auf mehrere aus der Mitte der Versammlung gestellte Anfragen die erforderliche Auskunft.

Schließlich bringt Herr Zenker noch die Rede auf die von dem Königl. Preußischen Minister des Innern am 4. Februar d. Js. erlassenen neuen Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen, sowie über den Geschäftsbetrieb der Pfandleiher und skizziert mit einigen Worten den Inhalt derselben. Die Bedeutung dieser Vorschriften für die Vertreter der Uhren- und Edelmetallbranche, so fährt er etwa fort, liege darin, daß damit das Versetzen neuer Waren zu unlauteren Zwecken so gut wie unmöglich gemacht, zum mindesten aber erheblich erschwert sei, weil der Verpfänder für neue Sachen, die nicht zu seinen Gebrauchsgegenständen gehörten, immer erst eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde beibringen müsse. Da nun zu befürchten sei, daß, solange nicht ähnliche Vorschriften in den übrigen deutschen Bundesstaaten existierten, diejenigen, die in Preußen neue Sachen nicht verpfänden könnten, dieselben in den mit solchen Vorschriften bisher verschonten Staaten anderswo abzusetzen versuchten und dann wahrscheinlich auch das Land Braunschweig mit solchen Waren überschwemmen, so müsse dieser Gefahr frühzeitig genug vorgebeugt werden, und er bitte deshalb die Versammlung, ihre Zustimmung dazu zu erteilen, daß die Handwerkskammer beauftragt würde, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß für das Herzogtum Braunschweig analoge Vorschriften, die gleichzeitig auch auf die öffentlichen Pfandleihanstalten Verwendung finden müßten, erlassen würden.

Der Bitte wird einstimmig stattgegeben.

Hiernach wird die Sitzung vom Vorsitzenden mit kurzem Dank an die Versammlung um 4³/₄ Uhr nachmittags geschlossen.

Der Vorsitzende:

C. Osterloh.

Der Sekretär:

R. Baumgarten.